Nr. 310 XXVI. Jahrgang

Mittwoch, 13. November 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 5 38, 13 5 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060 Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile (oder für Dresden und Vororte 35 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Ziffern- oder Auskunft 10% Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50% Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
B mit „Illustr. Neueste" 1.55, 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.32, vierteljährl. Kr. 6.96
B mit „Illustr. Neueste" 2.49, 7.47
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Deutscher Vorschlag eines Präliminarfriedens

Der frühere Deutsche Kronprinz an der Grenze erschossen

Neue deutsche Note an Wilson

× Berlin, 12. November

Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der schweizerischen Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Note gerichtet:

Nachdem nunmehr der Waffenstillstand abgeschlossen ist, bittet die deutsche Regierung den Präsidenten der Vereinigten Staaten, den Beginn der Friedensverhandlungen in die Wege leiten zu wollen. Der Beschleunigung halber schlägt sie vor, zunächst den Abschluß eines Präliminarfriedens ins Auge zu fassen und ihr mitzuteilen, in welchem Orte und zu welchem Zeitpunkte die Verhandlungen beginnen können. Wegen drohender Lebensmittelnot legt die deutsche Regierung auf unverzüglichen Beginn der Verhandlungen besonderen Wert.

gez. Solf,
Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Die Waffenstillstandsbedingungen

Für die Räumung des linken Rheinufers sind in dem Vertrag die folgenden Bestimmungen getroffen worden:

× Berlin, 11. November. In dem vollständigen Text der Waffenstillstandsbedingungen heißt es über die Räumung des linken Rheinufers durch die deutschen Armeen wie folgt: Das linke Rheinufer wird durch die örtlichen Behörden unter Aufsicht der Besatzungstruppen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten verwaltet. Die Truppen der Verbündeten und Vereinigten Staaten werden die Besetzung dieser Gebiete sichern, indem sie die hauptsächlichsten Rheinübergänge (Mainz, Koblenz, Köln) inbegriffen je eines Brückenkopfes von 30 Kilometer Durchmesser auf dem rechten Ufer und außerdem die strategischen Punkte des Gebietes besetzen. Auf dem rechten Rheinufer wird eine neutrale Zone geschaffen. Sie verläuft zwischen dem Flusse und einer östlich des Flusses gezogenen Linie. Diese Linie verläuft von der holländischen Grenze bis zur Parallele von Gernsheim 40 Kilometer, von da an bis zur Schweizer Grenze nur 30 Kilometer östlich des Flusses. Die Räumung dieser rheinischen Gebiete (auf dem linken und rechten Ufer) wird so geregelt, daß sie in einem Zeitraume von weiteren elf Tagen durchgeführt ist, also im ganzen in 25 Tagen nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes. Artikel 16 lautet: Die Verbündeten sollen freien Zugang zu den von den Deutschen an ihren Ostgrenzen geräumten Gebieten sowohl über Danzig wie auch über die Weichsel haben, um die Bevölkerung dieser Gebiete verpflegen zu können oder auch für jeden andern Zweck.

Ein Pariser Funkspruch lautet: Die den deutschen Bevollmächtigten überreichte Note enthält auch gewisse Einzelheiten über die Friedensbedingungen. So erklärt der Verband, daß die Besetzung deutschen Gebietes, abgesehen von Elsaß-Lothringen, nur vorübergehend sein soll. Auch werden bereits schätzungsweise Zahlen für die zu leistende Entschädigung für Nordfrankreich, Belgien und die Verheerungen des Unterseebootkrieges genannt. Diese Entschädigung soll nicht in Bargeld zu leisten sein, sondern in Gestalt von beschlagnahmten Schiffen und zu lieferndem Material.

„Homme libre" schreibt am Montag: Für die Alliierten bestehe begründeter Anlaß, bei Prüfung der Vollmachten einer deutschen Delegation zu den Friedensverhandlungen auch die Legitimität der jetzigen deutschen Machthaber nachzuprüfen.

*

Abänderungen des Waffenstillstandsvertrages

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

m. Köln, 12. November

Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Amsterdam: Von dem Eiffelturm werden folgende Abänderungen des Waffenstillstandes gedrahtet, und zwar nach einer Meldung der deutschen Bevollmächtigten an die deutsche oberste Heeresleitung: Artikel 4, worin es im Absatz 4 heißt: um die Gefahr der Einrichtung einer ausgedehnten neutralen Zone zu verhindern, wird wie folgt lauten: Eine neutrale Zone wird auf dem rechten Rheinufer zwischen dem Strom und 10 Kilometer von dort von der niederländischen bis an die Schweizer Grenze vorbehalten. Absatz 5 wird, um auf deutschem Gebiet die Truppen wieder ordentlich verteilen zu können, wie folgt geändert: Die Räumung des Rheinlandes (rechtes und linkes Ufer) durch den Feind wird in der Weise geregelt werden, daß sie innerhalb weiterer 16 Tage, mithin im ganzen 30 Tage nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes verwirklicht sein kann. Weiter wird diesem Absatz hinzugefügt: Von den Einwohnern wird niemand wegen Beteiligung oder Teilnahme an Kriegshandlungen vor Unterzeichnung des Waffenstillstandes verfolgt werden. Artikel 14 lautet: Auslieferung sämtlicher jetzt vorhandenen U-Boote einschließlich der Unterseekreuzer und sämtlicher Minenleger nebst vollständiger Bewaffnung und Ausrüstung an den Verband und die Vereinigten Staaten. Die Vorschriften dieses Artikels sind innerhalb 14 Tagen nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes, also bis 23. November, zu erfüllen. Eine Aenderung wird im Artikel 18 mit Bezug auf die Seesperre vorgenommen. Die Verbündeten sind der Ansicht, daß, wenn einmal der Waffenstillstand geschlossen ist, die Fortdauer der Seesperre die Versorgung Deutschlands in dem von ihnen für nötig erachteten Maße nicht behindern soll. Infolgedessen wird Artikel 18 lauten: Die Verbündeten und die Vereinigten Staaten geben die Versorgung Deutschlands während der Waffenstillstandsverhandlungen in dem Maße zu, das sie für nötig erachten. Die Dauer des Waffenstillstandes wird auf 35 Tage mit Möglichkeit einer Verlängerung ausgedehnt.

*

Ein Appell an die Internationale

× Berlin, 11. November

Die Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien richteten an den Reichstagsabgeordneten Branting-Stockholm folgendes Telegramm durch Vermittlung der deutschen Gesandtschaft in Stockholm:

„Werter Genosse! Die neugebildete sozialdemokratische deutsche Regierung hat die Waffenstillstandsbedingungen der Entente angenommen, damit das Blutvergießen nicht um eine Stunde verlängert werde. Wir Sozialisten der beiden bisher getrennten, jetzt in der Friedensarbeit verbundenen sozialdemokratischen Parteien richten einen Appell an die Proletarier in allen Ländern. Was die Führer der Entente gefordert haben, dient zum Teil nicht mehr allein der Sicherung gegen eine Erneuerung der Feindseligkeiten, die ohnehin ausgeschlossen wären, nachdem die Militärgewalt durch die glänzende Erhebung der revolutionären Arbeiter und Soldaten gestürzt worden ist. Einige der Bedingungen bedrohen vielmehr die physische Existenz des befreiten und friedensbereiten deutschen Volkes. Die Blockade soll fortgesetzt werden. Deutschland soll die Besatzungstruppen der Entente ernähren. Es soll aber zugleich einen großen Teil seiner Transportmittel (Lokomotiven, Waggons, Kraftfahrzeuge) ausliefern. Alle diese Transportmittel sind unentbehrlich für den geordneten und schleunigen Abtransport der Truppen und für die Aufrechterhaltung der Volksernährung. Ihre Wegnahme steigert die Ernährungsschwierigkeiten ins unerträgliche. Sie bedroht zahlreiche unschuldige Frauen, Kinder und Kranke unmittelbar mit dem Hungertode. Der Tag der Freiheit und des Friedens darf nicht der Tag der Tötung von Millionen werden. Die Verständigung und das brüderliche Empfinden der Nationen kann nicht zur Wirklichkeit werden, wenn der Einstellung des Kampfes mit den Waffen folgen soll der Hungerkrieg gegen Wehrlose. Wir rufen die Genossen in den gegen Deutschland verbündeten Ländern auf, ihre Stimmen mit den unsrigen zu vereinigen. An Sie, verehrter Genosse Branting, richten wir die Bitte, der Internationale diesen Appell zu übermitteln.

Eduard Bernstein, Oskar Cohn, Karl Kautzky, Hermann Molkenbuhr, Hermann Müller, Wilhelm Pfannkuch."

*

Die amerikanische Demobilisierung

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

z. Genf, 12. November

Der „Herald" meldet aus New-York: Die Demobilisierungskommission im Weißen Hause beschloß den Beginn der Demobilisierung der nicht nach Europa abtransportierten Truppenbestände für den 20. Dezember. Das Heer in Europa wird erst nach dem allgemeinen Friedensschlusse gemeinsam mit den übrigen alliierten Heeren demobilisiert.

Vormarsch der Italiener?

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

id. Wien, 12. November

Das „Achtuhrblatt" meldet: Infolge der Ankunft bayrischer Truppen am Brenner und der Unruhen in Nordtirol befahl die italienische Oberste Heeresleitung ihren Truppen, sofort um jeden Preis das ganze Gebiet der oberen Etsch und Eisack und die strategischen Punkte nördlich der Alpenkette zu besetzen. Diese Verfügung involviert den Bruch des Waffenstillstandsvertrages durch Italien.

Die Wiener Korrespondenz Herzog meldet dagegen aus Innsbruck: Die Bayern setzten ihren Rückzug aus Tirol fort und räumten bereits den Brenner, über welchen die Italiener in Kürze folgten. Die Italiener organisieren in Südtirol allmählich den Abtransport der Ausrüstungen und Truppen in die Heimat. Zur Zeit sollen sich noch etwa 800 000 österreichische Soldaten in Südtirol befinden.

Rumänisches Ultimatum an Ungarn

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

id. Wien, 12. November

Rumänien verlangt in einem Ultimatum an Ungarn die sofortige Räumung und Ueberlassung Siebenbürgens. Vier ungarländische Rumänen sind in das rumänische Konzentrationskabinett zu Jassy eingetreten.

Ungarn will sich gegen die tschecho-slowakischen Truppen verteidigen

(Privattelegramm)

+ Budapest, 12. November

Die ungarische Volksregierung hat heute mittag folgenden Aufruf erlassen:

„Die bewaffneten Truppen treten im Namen des tschecho-slowakischen Staates auf die nordwestlichen Grenzen Ungarns. Sie überfluten das Land und bedrohen bereits die Stadt Preßburg. Aber Ungarn ist nicht im Kriegszustande mit dem tschecho-slowakischen Staate, es will vielmehr in bestnachbarlichem Verhältnis mit der freien, unabhängigen tschechischen Republik leben. Auch mit der slowakischen Nation will die ungarische Nation ihr Verhältnis auf Grund der Wilsonschen Prinzipien regeln und überläßt endgültige Entscheidungen dieser Frage, auf die Gerechtigkeit ihrer Sache vertrauend, den allgemeinen Friedensverhandlungen. Es besteht also kein Grund zum Waffenangriff auf Ungarn. Die ungarische Regierung dagegen ist entschlossen, die Grenzen des Landes gegen jeden solchen, mit dem Völkerrecht unverträglichen Angriff mit Waffengewalt zu verteidigen."

Tod des Kronprinzen Wilhelm

(Privattelegramm)

+ Rotterdam, 12. November

Der Bericht, daß der deutsche Kronprinz erschossen worden ist, wird, wie „Vaderland" meldet, von der Grenze bestätigt. Als der Kronprinz Sonntag abend die holländische Grenze überschreiten wollte, wurde er durch eine deutsche Wache angehalten. Er sagte, daß er zurückkehren werde. Am Montag versuchte er nochmals über die Grenze zu entkommen. Dabei entstand ein Gefecht, bei dem der Kronprinz fiel.

*

Diese Nachricht geht uns unmittelbar vor Schluß des Blattes zu. Sie ist so bestimmt gehalten, daß etwaige Zweifel an ihrer Richtigkeit kaum aufkommen, zumal die Umstände sie nicht unwahrscheinlich machen. Kronprinz Wilhelm ist 36 Jahre alt.

*

Wilhelm II. in Holland

× Amsterdam, 11. November

Dem „Alg. Handelsblad" wird aus dem Haag gemeldet, daß die niederländische Regierung wegen des Aufenthaltes des Kaisers in Holland keine Beschwerde erheben werde. Der Kaiser befindet sich als Privatperson in der gleichen Lage wie andere Flüchtlinge in fremden Landen. Seine Anwesenheit in Maastricht hat Anlaß zu längeren Konferenzen zwischen verschiedenen Kabinettsmitgliedern und andern Behörden gegeben.

*

Verlangt England die Auslieferung?

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

s. Basel, 12. November

Nach einem Londoner Telegramm schreiben die „Morning Post" und „Times" am Montag: Die Alliierten würden, falls der Deutsche Kaiser auf neutrales Gebiet flüchten sollte, seine Auslieferung verlangen, um ihn, wie vor 100 Jahren Napoleon, auf Lebenszeit zu internieren und unschädlich zu machen. In gleichem und noch deutlicherem Sinne äußert sich die „Daily Mail".

*

Auch die Kaiserin geflüchtet?

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

kg. Berlin, 12. November

Nach Erkundigungen in den bisherigen Hofämtern in Potsdam kann als sicher gelten, daß die Kaiserin seit dem 9. d. M. nicht mehr auf deutschem Boden weilt. Nach Aussagen von bisherigen Hofbeamten war man am Hofe übrigens seit länger als vier Wochen auf den Umsturz vorbereitet und hatte alle Vorkehrungen zur Auflösung der königlichen Hofhalte schon seit Ende Oktober getroffen. Von anderer Seite wird uns berichtet, daß man mit dem Beginn der Friedensanträge an Wilson mit der Eventualität der jetzigen Ereignisse gerechnet hat.

Keine Reichstagssitzung

× Berlin, 11. November

Die für Mittwoch angekündigte Reichstagssitzung findet nicht statt.

Deutsch-Oesterreichs Anschluß an Deutschland

Von unserem ld-Mitarbeiter

Wien, 10. November

Der deutsch-österreichische Staatsrat macht gründliche, aber etwas langsame Arbeit. Das war die allgemeine Empfindung der Bevölkerung — bis heute. Jetzt aber scheint er ein rascheres Tempo einschlagen zu wollen. Den Anstoß oder Anlaß dazu gaben die Vorgänge im Deutschen Reich. Die schier überstürzende Hast, mit der sich dort die Dinge vollziehen und die Neuordnung sich gestaltet, konnte nicht ohne Einfluß auf das bisher bedächtige Vorschreiten des Wiener Staatsrates bleiben, und mit einem Ruck stellte er sich mit beiden Füßen in die neue Situation. Schon die gestrige Begrüßungsdepesche an den Reichskanzler aus Anlaß der großen Wendung in Berlin verriet den neuen, entschlossenen Standpunkt. Da wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Deutsch-Oesterreich an den Wahlen für die verfassunggebende Nationalversammlung des Deutschen Reiches teilnehmen werde. Damit ist der Anschluß eigentlich schon angekündigt, man kann sagen: vorweggenommen, bevor noch ein Beschluß der deutsch-österreichischen Nationalversammlung vorliegt. Es ist anzumerken, daß diese Depesche von allen drei Präsidenten des Staatsrats unterfertigt ist, vom Deutschnationalen Dr. Dinghofer, vom christlichsozialen Prälaten Hauser und vom sozialdemokratischen Führer Seitz.

Das muß darum hervorgehoben werden, weil die Christlichsozialen bisher an der Hoffnung auf die Bildung einer Art von Oberstaat über die gewesenen Bestandteile des alten Oesterreichs, die jetzt selbständige Gemeinwesen geworden sind, festgehalten haben, schon wegen der habsburgischen Spitze, die sie diesem die alten Teile für gemeinsame Angelegenheiten verknüpfenden Gefüge erhalten wollten. Einen Riß in diesen Plan machte schon die ganz bestimmte Erklärung der Tschechen, daß sie ihren tschecho-slowakischen Staat nur als Republik konstituieren wollen, womit der in Zukunft größte Bestandteil des ehemaligen Oesterreichs aus jenem geplanten Gefüge herausfiel. Die Südslawen haben ihre Staatsform noch nicht festgelegt, weil es unter ihnen bemerkenswerterweise sogar Anhänger der Dynastie Karageorgewitsch gibt; allein das tschechische Beispiel wird gewiß auch auf die Südslawen nicht ohne Wirkung sein. Bliebe Deutsch-Oesterreich, das jedoch an Umfang zu klein und wirtschaftlich zu sehr abhängig von den Nachbarstaaten wäre, um für sich allein bestehen zu können. Nach solchen Erwägungen müssen auch die Christlichsozialen, aber auch die noch schwankenden Teile der Deutschnationalen die Idee der Verbindung der ehemaligen Provinzen Oesterreichs zu einer Art von gemeinsamem Gefüge aufgeben, zumal nach dem Entschlusse der Entente die Zugehörigkeit Deutsch-Böhmens und Deutsch-Mährens zum deutsch-österreichischen Staate zweifelhaft geworden ist und das dann verbleibende Innerösterreich ganz gewiß kein lebensfähiges Staatswesen werden könnte.

Unter solchen Verhältnissen gibt es für Deutsch-Oesterreich nur eine Zuflucht: den Anschluß an Deutschland. Diesen Anschluß kündigt die Begrüßungsdepesche der drei Staatsrats-Präsidenten an und ein darauf bezüglicher Beschluß soll in der am 12. d. M. stattfindenden Sitzung der deutsch-österreichischen Nationalversammlung gefaßt werden. Der Staatsrat hat unter dem Eindruck der Ereignisse im Deutschen Reiche die Stellung dieses Antrages beschlossen, und zwar einstimmig, also auch mit den Mehrheitsstimmen der deutschnationalen und christlichsozialen Mitglieder des aus 23 Köpfen bestehenden Staatsrats. Der Gedanke hat in allen Ländern Deutsch-Oesterreichs zahlreiche Anhänger, insbesondere in Salzburg, Tirol und Deutschböhmen, und nach der Abstimmung im Staatsrate erwartet man, daß auch die Nationalversammlung ihm einstimmig die Genehmigung geben wird.

Sehr bezeichnend ist die Wendung, die heute die „Arbeiter-Zeitung" in dieser Frage vollzieht. In diesem Blatte hat vor einigen Wochen Dr. Otto Bauer, der als Adlatus dem Staatssekretär für Aeußeres zur Seite steht, eine vielbemerkte Artikelreihe veröffentlicht, in der der Anschluß an Deutschland nur als subsidiäres Auskunftsmittel für den Fall in Aussicht genommen war, wenn die slawischen Nachbarstaaten Deutsch-Oesterreichs mit diesem keine, die wirtschaftliche Existenz des letzteren sichernde Verbindung eingehen wollten. Von diesem Standpunkte rückt heute das Blatt mit Rücksicht auf die Ereignisse in Berlin, München, Dresden usw. ab und stellt die Forderung des Anschlusses nicht mehr in die zweite, sondern in die erste Linie. Es heißt da: „Wir wollen nicht wieder gekettet werden an die slawischen Völker, die die Gemeinschaft mit uns nicht wollen . . . Wir kehren dorthin zurück, wohin wir nach Geschichte, Sprache, Kultur gehören: zu Deutschland, dessen Teil Deutsch-Oesterreich ein Jahrtausend lang, dessen Vormacht es drei Jahrhunderte lang war, und von dem er nur durch den Streit der Fürsten vor wenigen Jahrzehnten erst losgerissen wurde . . . Wir wollen nicht wieder mit andern Nationen zu einem Staat zusammengezwungen werden, in dem endloser, kleinlicher Völkerhader, gedankenloser Sprachenstreit das Leben vergiftet . . . Können wir das Sisyphuswerk des Aufbaues eines unmöglichen Staates — denn das ist Deutschösterreich — weiter betreiben? Nein, eine Tat ist notwendig und ohne Verzug soll sie geleistet werden."

Nämlich Erklärung Deutsch-Oesterreichs als Republik und ihren Anschluß

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181113/1